

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 72 (1997)
Heft: 4

Rubrik: Blick über die Grenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Oberleutnant Martin Geiger, Organisator vom Artilleriereverein Willisau.

ord Fabian Coulot (Chef Presse) aus Basel, müsste eine Steigerung der Teilnehmerzahl möglich sein. Für nähere Auskunft über das Wintersport-Wochenende 1998, welches auch Nichtartilleristen offen steht, kann beim Pressechef VSAV nachgefragt werden.

Büroord Fabian Coulot,
4055 Basel, Rixheimerstrasse 3

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

ISRAEL

Das Militärflugzeugmuseum bei Beer-Sheva birgt nicht nur die Geschichte dieser Waffe, sondern erzählt auch die Geschichte der entscheidenden Stunden des Staates Israel.

Von Reuven Assor, Chazerim bei Beer-Sheva

Das Museum der israelischen Militärflugzeuge ist einen gründlichen Besuch wert. Das Museum, das eigentlich eine Art Abstellplatz für ausrangierte Flugzeuge ist, befindet sich unweit von Beer-Sheva, nahe dem Kibuz Chazerim. Es wird ehrenamtlich mit viel Liebe und Umsicht von Brigadegeneral iR, Jaakov Ternner, geleitet.

Die hier ausgestellten verschiedenen Flugzeugtypen erzählen klar und deutlich die Geschichte Israels und seiner Kriege. Die Militärflugwaffe war seit der Staatsgründung im Jahre 1948 das scharfgeschliffene und am meisten entscheidende Schwert Israels – und ist dies bis auf den heutigen Tag geblieben; sie ist und blieb derjenige Armeearm, dem das relativ grösste Budget zugewiesen wird und das sich sein Personal erst nach allergenauer Auswahl aussucht. Selbstverständlich gilt dies in besonderem Mass für das fliegende Personal.

Interessanterweise waren die ersten Militärflugzeuge Israels vier deutsche «Messerschmitts», die im Jahre 1948 von Israel aus Beutebeständen der CSFR angekauft wurden. Die ersten Piloten wurden auch in Ceske Budejovice (Böhmisch Budweis) im Süden Böhmens von tschechischen Piloten ausgebildet. Nur wenige der ersten Piloten waren Israelis, die meisten waren jüdische und nichtjüdische Freiwillige, die als Kampfpiloten am Zweiten Weltkrieg

teilnahmen. Unter den ersten Israelis, die ihre Ausbildung in der CSFR erhielten, waren u.a. der heutige Präsident Ezer Weizman, der oben genannte Brigadegeneral iR Ternner und eine Reihe weiterer Offiziere, die es im Laufe der Jahre bis zum Oberbefehlshaber des Militärflugwesens brachten. Die vier «Messerschmitts» unternahmen am 29. Mai 1948 den ersten israelischen Flugangriff gegen die auf Tel Aviv vordrückende ägyptische Armee in der Nähe der heutigen Stadt Aschdod, nur 35 km südlich Tel Avivs und halfen damit, den Vormarsch der Ägypter endgültig aufzuhalten. Bei diesem «historischen» Ereignis flog Ezer Weizman seinen berühmten schwarz angestrichenen «Messerschmitt», der ebenfalls im Museum ausgestellt ist. Den ersten «Messerschmitt»-Flugzeugen, von denen zwei ausgestellt sind, folgten englische «Supermarine Spitfire». Im Sinai-Feldzug (1956) benützte Israel Flugzeuge vom Typ «Mustang», die in Schweden, Italien und den USA angekauft wurden. Alle vier «Mustangs» können im Museum besichtigt werden, ebenso wie die Flugzeuge des Typs «Beaufighter». Weitere Marken britischer und amerikanischer Produktion folgten und wurden, da es ein britisches Embargo gab, meistens auf illegale Weise nach Israel geflogen.

Mit dem Sinai-Feldzug (1956) begann ein «Roman» mit französischen Erzeugnissen, der lange Jahre anhielt und die Israelis exklusiv belieferte. Die ersten französischen Flugzeuge waren «Dassault Ouragan», es folgten «4050 Vautour», USA-Helikopter der Marke «Sikorsky S-55» und «S-58» und wiederum französische «Mirage C 111». Während des 6-Tage-Kriegs beschloss General de Gaulle, die Weiterlieferung französischer Flugzeuge und anderer schon bestellter und bezahlter Waffengattungen, wie z.B. die in Cherbourg erbauten Schiffe, mit einem Embargo zu belegen und ihre Lieferung zu stoppen. Die Mirage-Flugzeuge hatten einen entscheidenden Anteil am eindrucksvollen und raschen Luftsieg im 6-Tage-Krieg und bewährten sich sowohl bei Vernichtung der noch auf den Flugfeldern befindlichen ägyptischen und syrischen Apparate als auch in einer Reihe von Luftkämpfen mit sowjetischen Typen, die von Ägyptern und Syrern bemannt waren.

Die Mirage-Flugzeuge versahen ihre Dienste bis zu Anfang der achtziger Jahre. Heute sind die Standardflugzeuge modernster amerikanischer Herkunft. Alle genannten Flugzeuge sind im Museum zu besichtigen, dazu einige in Luftkämpfen abgeschossene «MiG 15», «MiG 17», «MiG 21», «Vampire», «Hunter» sowie Reste eines abgeschossenen «Sochoj», Maschinen-Flak-Kanonen und das einzige fertiggestellte Flugzeug vom Typ «Lavie», dessen Weiterentwicklung und Produktion nicht in Angriff genommen wurde.

Für ausländische Besucher sei angemerkt, dass es unter den insgesamt 35 Soldatinnen und Soldaten, die Besuchergruppen betreuen, nicht nur hebräisch- oder englischsprechendes Personal gibt, sondern auch Französisch, Deutsch, Russisch und sogar Amharisch (die Hauptsprache in Äthiopien). Im Jahre 1996 kamen rund 150 000 Leute zum Museumsbesuch, darunter zahlreiche Ausländer. Das Museum ist wochentags (nicht am Samstag) bis 17 Uhr geöffnet.



Ein Bumerang-Waffengeschäft

Von Reuven Assor, Jerusalem

Bis zu dem politischen Umschwung in Pretoria vor drei Jahren herrschten enge militärische Beziehungen zwischen Südafrika und Israel. An- und Verkauf von verschiedenen Waffengattungen sowie gemeinsame Entwicklung bestimmter Waffen, wie z.B. eines unbemannten kleinen Fotograf-Flugzeuges und elektronischer Erzeugnisse für die Marine und die Tankwaffe. Die Zusammenarbeit war seinerzeit aufgrund von Boykott und Ankaufsverboten sowohl für Israel als auch für Südafrika zustande gekommen. Seit einiger Zeit versucht Südafrika, Waffen eigener und fremder Produktion an andere Länder zu verkaufen. Unter diesen Erzeugnissen befinden sich auch elektrotechnische Teilausrüstungen der Tankwaffe, die seinerzeit in Israel entwickelt und an Südafrika verkauft wurden.

Ein grosses Waffengeschäft zwischen Syrien und Südafrika steht nun vor seinem unmittelbaren Abschluss. Unter anderem handelt es sich um den Verkauf von in Israel entwickelten wesentlichen elektronischen Verbesserungen für den schweren sowjetischen Tank «T 72», der einen wichtigen Teil der syrischen Tankwaffe ausmacht. Vor allem handelt es sich um Entfernungsmesser, die mittels Laserstrahl die genaue Entfernung angeben, sowie um optische Geräte, die die Sicht bei Nacht ermöglichen, ebenso wie um zusätzliche Treibstoffbehälter, die dem Tank einen um vieles weiteren Gefechtsradius ermöglichen. Laut der Tel Aviver Zeitung «Jedioth Achronot» entstand mit Hilfe dieser Zusätze «eigentlich fast ein neuer Tank». Der Preis einer jeden solchen Einheit pro Tank beläuft sich auf 150 000 Dollar. Die syrische Tankwaffe wird mit rund 5000 Einheiten beziffert, von denen allerdings nur ein Teil einsatzbereit ist.

Sowohl Israel als auch die USA haben in Pretoria gegen das bevorstehende Waffengeschäft Protest eingelegt, der jedoch bis jetzt abgewiesen wurde. Das Ironische daran ist, dass die israelische Tankwaffe die gleiche Ausrüstung besitzt, die nun offenbar den Syrern zugute kommen wird. Mit anderen Worten: Im Kriegsfall, von dem seit einigen Monaten immer wieder die Rede ist, könnte es zu Kämpfen kommen, in denen sowohl Syrien als auch Israel einander mit der gleichen Ausrüstung bekämpfen. Die israelische Presse bezeichnet eine solche Möglichkeit als «Bumerang» oder als «Eigentor».



Das libanesische Dilemma

Von Reuven Assor, Jerusalem

Die Trauer um die bei dem Helikopterzusammenstoss umgekommenen 73 Soldaten hat von neuem die innenpolitische Debatte über Zweck und Nutzen der sogenannten Sicherheitszone im Südlibanon angeheizt. Natürlich kann es, wie schon in der Vergangenheit, zu Abstürzen oder tödlichen Zusammenstössen von Flugzeugen oder Helikoptern kommen, auch ohne Bezug auf Operationen im Südlibanon. Aber da es sich eben um genau eine solche Operation handelte, nahmen die Stimmen derer überhand, die einen einseitigen Rückzug Israels aus der Sicherheitszone befürworten.

Israel steht nicht nur seit gestern vor einem Dilemma. Sollte es seine Truppen aus dem Südlibanon abziehen, würde es die Wahrscheinlichkeit direkten Beschusses und andere Kampfhandlungen gegen Dörfer, Kibbuzes und Städte in Nord-Israel heraufbeschwören; damit wäre die Sicherheit der Bevölkerung in Frage gestellt, um derentwillen man ja die Sicherheitszone besetzte. In diesem Falle, so meinen die Befürworter einer Räumung, würde diese das Leben vieler israelischer Soldaten erleichtern und weniger Opfer fordern als bisher. Einer der befürwortenden Minister, Avigdor Kahalani, übrigens Brigadegeneral iR, meinte in einem Interview, «unsere Soldaten im Libanon ähneln Wildenten, die abgeschossen werden» – ein Ausdruck, der allgemeine Empörung auslöste. Allein im Jahre 1996 wurden 26 israelische Soldaten von Explosionen, deren Sprengstoff den Strassen entlang verborgen lag, getötet.

Ein Abkommen zwischen vier Partnern

Die Situation ist vor allem deswegen kompliziert, weil es sich dabei um drei, wenn nicht vier verschiedene Partner handelt, mit denen man zu einem Abschluss kommen muss. Israel muss drei Partnern zugleich Rechnung tragen: dem Libanon, der Hisbollah und vor allem Syrien. Ohne syrische Zustimmung ist kein Abkommen denkbar. Seit Antritt der Regierung Netanyahu sind die Gespräche mit Syrien unterbrochen, obwohl gerade Netanyahu in den letzten Wochen alles unternimmt, um mit Hilfe der USA in ein erneutes Gespräch mit Syrien zu kommen. Die Syrier geben sich vorläufig spröde, auch wenn sie immer wieder betonen, sie sehen im Frieden ihr «strategisches Ziel». Aber Assad sitzt an einem langen Hebel, mit dessen Hilfe er hofft, den Ausharewillen Israels zu dämpfen, gemeint ist natürlich die Hisbollah. Syrien benützt sie, um mit ihrer Hilfe einen unsanften Druck auf Israel auszuüben.

Ohne Syrien läuft nichts

Alle Beobachter stimmen in einem wesentlichen Punkt überein: es liegt in der Macht der Syrier, die Aktionen der Hisbollah zu unterbinden. Ohne syrische Erlaubnis hätten nie jene 30 iranischen Flugzeuge in Damaskus landen können, die den ununterbrochenen Waffennachschub für die Hisbollah gewährleisten; ohne Ermutigung und ohne Erlaubnis der obersten syrischen politischen und militärischen Gremien, die ja im Libanon das definitive Sagen haben, könnte sich die Hisbollah kaum mehr als wenige Wochen behaupten. In der engen israelischen Sicherheitszone herrscht ein regelrechter Krieg.

Die Sicherheitszone, so scheint es vielen Israelis heute, ist zu einer «Unsicherheitszone» geworden. Sie entstand im Mai 1985, nachdem die israelische Armee den von ihr besetzten Teil des Libanons räumte. Die Breite der Zone ist unterschiedlich: von vier Kilometern am engsten Platz bis zu 24 am breitesten. Ihre Länge misst 45 Kilometer. Innerhalb der Sicherheitszone leben rund 150 000 Einwohner in 67 Dörfern und Marktflecken, von ihnen sind 50% Schiiten, 20% Christen, der Rest Drusen und mohammedanische Suniten. Die Region wird von rund 2000 Soldaten der «Zadai» («Südlibanesische Armee») gehalten, deren Befehlshaber der libanesisch General Lahad ist. Die «Zadai» verfügt über ein gutes Nachrichtennetz, kann aber doch nicht einen grossen Teil der Hisbollah-Aktionen vereiteln. Die israelische Armee ist mit einigen hundert Soldaten vertreten, die grösstenteils in statischen Stellungen entlang der Grenze der Sicherheitszone gegenüber dem unbesetzten Libanon verteilt sind. Das Helikopterunglück ereignete sich im Laufe einer Routine-Wachablösung von Soldaten der ersten Linie durch frische Truppen. Ein grosser Teil der Bevölkerung der Zone ist israelfreundlich gesinnt, die fanden auch in Israel ständige Beschäftigung. Allerdings hat sich in den letzten zwei Jahren eine gewisse Skepsis unter der Bevölkerung breit gemacht, da sie befürchtet, dass Israel eines Tages die Zone räumen wird und sie dann als Kollaboranten angeprangert werden. Israel hat immer wieder betont, dass es an Libanon keinerlei territoriale Forderungen hat und dass die Zone nur ein zeitweiliges Faustpfand sei, das Israel aufgeben wird, sobald es zu einem echten Frieden kommt und keine Gefahr für die Bevölkerung Nordisraels besteht.

Trotz relativ hoher Verluste auf israelischer Seite konnte die Hisbollah ihre militärischen Ziele nicht erreichen. So schwebte der Hisbollah zB die Eroberung einer israelischen Stellung vor oder – wichtiger noch – das Abbröckeln der Entschlossenheit in den Reihen der mit Israel verbündeten südlibanesischen Armee. Bis jetzt waren auch die Verluste an Toten der Hisbollah um einige Male höher als die israelischen Verluste, nur: Israel reagiert um vieles empfindlicher und aufgeregter auf jeden Verlust als die Bürger im vom jahrzehntelang vom Terror heimgesuchten Libanon.

Solange die Syrier glauben, die israelische Regierung wolle die Golan-Höhen nicht aufgeben, bedienen sie sich des langen Hebels der Hisbollah, um Israel für eine Aufgabe der Golan-Höhen empfänglicher zu machen. Über den Tod der 73 Soldaten, deren Helikopter abstürzten, frohlockte natürlich die Hisbollah offen und die Syrier hinter vorgehaltener Hand. Die arabische Welt weiss, wie empfindlich man in Israel auf jeden Gefallenen reagiert.

Wahrscheinlich besteht die Lösung des gordischen Knotens in einem allumfassenden Friedensvertrag mit Syrien, in dem – grob gesprochen – Israel auf zumindestens einen Grossteil der Golan-Höhen verzichtet und Syrien unter anderem die Guerillatätigkeit der Hisbollah vollständig unterbindet. Aber eine solche Lösung wäre noch langwierig auszuhandeln; diesbezügliche Gespräche können noch jahrelang dauern. Bis dahin dürfte der im Südlibanon entbrannte Krieg heftig weitergehen und seinen grausamen Blutvoll von allen zugleich, der schiitischen Bevölkerung, der Hisbollah und den Israelis fordern.

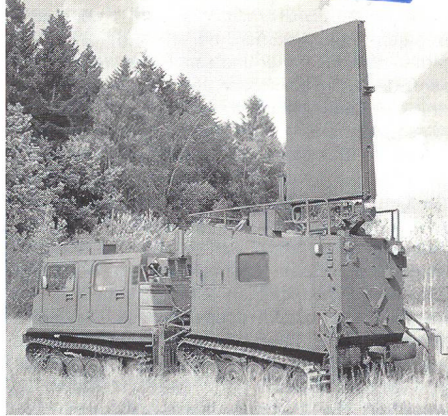


NORWEGEN/SCHWEDEN

Norwegen und Schweden beschaffen Ericsson-Systeme

Die schwedische Verteidigungsmaterialverwaltung (FMV) und das norwegische Armeematerialkom-

MF 466 1479



mando (HFK) bestellen Ericsson-Artillerieortungsradare des Typs ARTHUR für rund 100 Millionen US-Dollar.

Das Artillerieortungsradar ARTHUR (ARTillery Hunting Radar) ist eine gemeinsame Entwicklung von Ericsson Microwave Systems in Schweden und Ericsson Radar in Norwegen. Das äusserst mobile Mittelstrecken-Waffenlokalisierungssystem besteht aus einem C-Band-Impulsdopplerradar mit aktiver, phasengesteuerter Antennenanlage, einem Zentralcomputer mit zwei Arbeitsplätzen, einer Kommunikationsanlage und einer Navigationseinheit sowie einem Generator zur Stromerzeugung. Es kann auf jedem Transportfahrzeug oder Schützenpanzer mit einer Nutzlast von 3,5 Tonnen installiert werden.

Hauptfunktionen von ARTHUR sind die Lokalisierung feindlicher Geschütze sowie die Feuerleitung. Mit Hilfe von Suchfächern überwacht das System den Horizont im zugeordneten Raum. Dabei ist es in der Lage, mehr als hundert gegnerische Geschosse und Salven pro Minute zu erfassen, kurzzeitig zu verfolgen und deren Flugbahnen sofort zu berechnen, wobei zwischen Mörsern, Kanonen und Raketen unterschieden wird. Aufgrund der ermittelten Feuerstellungen und Zielgebiete bestimmt ARTHUR die prioritären Ziele und löst sofort Gegenfeuer aus. Die Konstruktion von ARTHUR basiert auf der bewährten C-Band-Dopplerradartechnologie von Ericsson.

Da jedes Waffenlokalisierungssystem seinerseits ein vorrangiges Ziel der gegnerischen Armee darstellt und aufgrund seiner Sendetätigkeit früher oder später lokalisiert und angegriffen werden kann, wurde bei der Entwicklung von ARTHUR grösstes Gewicht auf ein optimales Verhältnis von Reichweite, Mobilität, Grösse und Gewicht gelegt. Eine geschulte Mannschaft ist in der Lage, das gesamte System in weniger als fünf Minuten in Betriebsbereitschaft zu versetzen.

ARTHUR ist das erste durch Schweden und Norwegen gemeinsam realisierte Projekt im Verteidigungssektor. Seine Entwicklung basiert auf einer 1987 getroffenen Vereinbarung zwischen den Regierungen beider Staaten. Die Projektierungsarbeiten starteten im gleichen Jahr, und 1995 wurde an Norwegen und Schweden ein Prototyp für praktische Tests ausgeliefert. Inzwischen wurde die Serienproduktion durch das Ericsson-Werk im norwegischen Halden aufgenommen, so dass die Auslieferung bereits im kommenden Jahr beginnen und voraussichtlich im Jahr 2000 abgeschlossen werden kann.

Neben Schweden und Norwegen haben eine ganze Reihe weiterer Staaten in Europa, Asien und Lateinamerika ihr Interesse an ARTHUR-Systemen angemeldet und im Hinblick auf deren Beschaffung Verhandlungen mit Ericsson aufgenommen.

ERSCHLOSSEN EMDDOK
ÖSTERREICH MF 466 1479

Verteidigungsminister legte Situationsbericht des Heeres vor

Verteidigungsminister Werner Fasslabend legte vor kurzem den «Situationsbericht 1996 zur Umsetzung der Heeresgliederung-Neu» (HG-Neu) dem parlamentarischen Landesverteidigungsausschuss zur Behandlung vor. Der Bericht informiert detailliert über den aktuellen Zustand des Bundesheeres nach

der Organisationsumstellung und der Ausbildungsreform und beleuchtet aktuelle Probleme wie das sinkende Präsenzdieneraufkommen und die Auswirkungen des Sparpaketes auf die Rüstungspläne.

Organisation

Bei der Organisation wurden rasch verfügbare Präsenzkräfte geschaffen, die mindestens 10 000 Mann Kader und Grundwehriener vorsehen. Dazu kommen als Verstärkung Milizgrenzschutzverbände im Umfang von 5000 Mann. Der Mobilmachungsrahmen umfasst 120 000 Mann plus 20 Prozent Reservisten. An Truppen bedeutet dies 12 Jäger- und drei Panzergrenadier-Brigaden, wobei die Jäger-Brigaden durch Aufwuchs aus der Friedens- die Einsatzstärke erreichen.

Die Personalsituation

Der jährliche Bedarf an Wehrpflichtigen wurde für die HG-Neu mit 34 000 Mann berechnet. In den Jahren 1993 bis 1996 betrug die durchschnittliche Zahl der zum Dienst herangezogenen Grundwehriener rund 35 000 Mann. Für die Zukunft ist nach den Angaben des Ministers angesichts der kommenden Geburtsjahrgänge, der Tauglichkeitsraten und der Meldungen zum Zivildienst (6644 im Jahr 1996) nur noch mit 32 000 Mann pro Jahr zu rechnen. Deshalb sei eine weitere Straffung der Organisation notwendig, legte der Minister dar, sonst könnten die Einheiten und Verbände nicht ausreichend mit Grundwehrienern ausgestattet werden.

Knappe Budgetmittel

Zwischen 1990 und 1997 hat sich der Anteil des Landesverteidigungsbudgets am Gesamthaushalt von 3,1 auf 2,8 Prozent bzw gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 0,98 auf 0,83 Prozent verringert. Um innerhalb von zehn Jahren die Rüstungsziele zu erreichen, war der Planung (in Absprache mit dem Regierungspartner) ein Anteil von 1 Prozent des BIP zugrunde gelegt. Da die ursprünglich vorgesehenen Mittel nicht zur Verfügung gestanden sind, setzte bereits 1992 eine «Verzichtsplanung» ein. Neben einer neuen Prioritätenfestlegung wurden Einschränkungen in der Anzahl der mit neuem Gerät auszurüstenden Verbände festgelegt. Das allgemeine Sparpaket 1996 führte zu einer neuerlichen Umlanung und zeitlichen Verschiebung sowie zu einer Reduzierung der bisher geplanten Rüstungsbeschaffungen.

Dennoch war es möglich, eine Qualitätssteigerung bei der Ausrüstung zu erreichen: 114 «Leopard-2» werden die M-60 A3 und 112 Schützenpanzer «ASCOD» die veralteten Kettenfahrzeuge der Panzergrenadiergruppen ersetzen. Raketenjagdpanzer «Jaguar» mit dem Lenkwaffensystem «HOT-3» werden die Panzerabwehr der Panzeraufklärungs- und Panzergrenadierverbände durchführen. Die zum Kauf beabsichtigten 200 Radpanzer «Pandur» werden Gefechtsaufgaben im Bereich von Infanterie, Aufklärung und Führung übernehmen. Die Panzerabwehrlenkwaffe BILL (PAL 2000) ersetzt die 10,6-cm-Panzerabwehrkanone. Die Artillerie wird generell mit modifizierten M-109A5Ö-Panzergeschützen ausgerüstet. Das Fliegerabwehrlenkwaffensystem «Mistral» plus Zielzuweisungsradar verbessert die Fliegerabwehr, Tief-fliegererfassungsgeschütze und Luft-Luft-Lenkaffen vom Typ «Sidewinder» die Luftraumüberwachung. Für Peacekeeping-Aufgaben wurden 68 Radpanzer «Pandur», neue Kampfhelme und Splitterschutzwesten bereits gekauft.

Die künftigen Prioritäten

Für die Zukunft setzt der Verteidigungsminister Schwerpunkte in bezug auf Führungsfähigkeit, Aufklärung, Fliegerabwehr, Beweglichkeit, Splitterschutz, Panzerabwehr und Versorgung.

Um die Interoperabilität des Bundesheeres bei internationalen Einsätzen zu stärken, wird zurzeit das Führungsunterstützungssystem «HEROS» erprobt. Die UKW-Truppenfunkgeräte sollen bis zum Jahr 2000 ersetzt sowie die anderen Fernmeldegeräte ergänzt werden. Für die Aufklärung sollen die Verbände Radpanzer und Gefechtsfeldsensoren erhalten. In der Luftraumüberwachung soll spätestens bis 1998 die Entscheidung über die «Draken»-Nachfolge getroffen und das System «Goldhaube» modernisiert sowie technisch angepasst werden. Bei der Fliegerabwehr sollen die mechanisierten Verbände mit mo-



Österreich braucht viel neues Gerät. Vor allem die «Draken»-Flugzeug-Nachfolge ist aber noch völlig offen.

bilen Systemen ausgerüstet und neue Lenk Waffen auch die «mittlere Reichweite» abdecken. Die Feuerleitgeräte «Skyguard» (für die 3,5-cm-Fliegerabwehrkanonen) sollen grundüberholt und technologisch angepasst werden. Die Hubschrauber bekommen Nachsichtgeräte. Eine Entscheidung über den Ankauf von neuen Hubschraubern zur Feuerunterstützung der Truppe auf dem Gefechtsfeld und beim Transport soll bis dahin getroffen werden. Hinsichtlich der Beweglichkeit will der Heereschef einen Teil der Standard-LKW generalüberholen lassen sowie 1000 neue LKW beschaffen. Für die Pioniere sollen neues Kriegsbrücken- und Fährgerät sowie Patrouillenboote gekauft werden. Im Bereich der Panzerabwehr wird der Jagdpanzer «Kürassier» grundüberholt und das bewegliche Element der Infanterie bleiben. Fasslabend verschweigt nicht, dass aufgrund der neuen Prioritäten bei knappen Ressourcen weitere Massnahmen bei der Einsparung erforderlich sein werden. Die Kommandostruktur soll noch einmal rationalisiert und die Kampftruppe gegenüber Kommanden und Stäben personell besser ausgestattet werden. Auch bei Kasernen und Lagern will man noch einmal über Zusammenlegungen bzw Verkäufe nachdenken. An ein Abgehen von der allgemeinen Wehrpflicht ist derzeit nicht gedacht.

Bewertung

Der Minister hat, wie manche Kenner der Lage meinen, eher einen «geschönten» Zustandsbericht abgegeben. Die katastrophale budgetäre Lage und die oktroyierten Personalsparmassnahmen werden dazu zwingen, weitere Verbände stillzulegen oder nur als Rahmenverbände bestehen zu lassen. Denn obwohl Unteroffiziere fehlen und Bewerber vorhanden sind, stellt das personalführende Bundeskanzleramt keine Planstellen zur Verfügung. Ob das neue Zivildienstgesetz ein weiteres Absinken der Grundwehredienerzugänge erlaubt, ist nicht abzusehen. Wenn ja, was dann? Es kommt in dem Bericht kaum zum Ausdruck, dass bei der Einführung der Geräte viel zu lange Wartezeiten für die Truppe – vom Bedarf bis zur Übergabe – verstreichen und die meisten der angeführten Massnahmen erst in drei bis fünf Jahren wirksam werden. Im Bericht wird mit einigen Umschreibungen nur angedeutet, dass die Bundesregierung vor allem den Ankauf der neuen Flugzeuge und Hubschrauber scheut und deshalb immer wieder hinauschiebt. Vor allem wird mit keinem Wort erwähnt, dass die sicherheitspolitische Zukunft Österreichs völlig ungeklärt ist: Wird man der NATO und/oder WEU beitreten – wie es nach den Vorstellungen der ÖVP, der Freiheitlichen und Liberalen geschehen soll – und letztlich die europäische Absicht ist –, oder wird man – wie es der Wunsch der linken Sozialdemokraten, der ultralinken Grünen und der Moskaus ist – neutral bleiben? Von dieser Frage hängt die entscheidende Weichenstellung für die gesamte Verteidigungs- und Rüstungspolitik ab. Aber davon steht kein Wort im Zustandsbericht. Wonach werden die österreichischen Militärs also planen?

ERSCHLOSSEN EMDOK
 RUSSLAND MF 466/1480

Die C-Waffen des heutigen Russlands...

Die heute allein auf dem Gebiet Russlands befindliche Menge an chemischen Waffen wird offiziell mit «mindestens 40 000 Tonnen» angegeben. Beobachter im Westen, aber auch im Lande selber erachten

diese Zahl als zu niedrig angesetzt, zumal der bekannte russische Chemiker Wil Mirsojanow von einem Moskauer Forschungszentrum für die gesamte damalige Sowjetunion einen Vorrat von etwa 65 000 bis 75 000 Tonnen nennt; der Chef der Umweltkommission beim russischen Sicherheitsrat, Alexej Jablow, erklärte wiederum, zu Zeiten der UdSSR seien wenigstens 400 000 Tonnen produziert worden. Ihr Verbleib sei allerdings «völlig unklar», wie Radio Russland im April 1994 einmal eingestand. Ein Beispiel hierfür bietet die Ukraine, in der damals angeblich sechs Lager an C-Waffen eingerichtet wurden, welche nach Mitteilung des Verteidigungsministeriums in Kiew indes bis heute nicht aufgespürt werden konnten. Ebenfalls wurden während der damaligen ideologischen Spannungen zwischen Moskau und Peking grosse Mengen in die sowjetischen Grenzgebiete des Fernen Ostens transportiert, doch noch immer verschweigen die russischen Stellen die genauen Standorte der Vorräte – Experten zufolge ist es dabei durchaus möglich, dass die Unterlagen längst vernichtet sind. Überaus viele chemische Kampfstoffe wurden während der letzten Jahre einfach in die Kara- und in die Barentssee sowie in das Ochotskische und Japanische Meer versenkt. Der Eindruck im Westen, Moskau kenne den genauen Umfang seiner Chemiewaffen selber nicht, erscheint daher gar nicht so abwegig. Unbestritten ist, dass es sich dabei primär um die Nervenkampfstoffe Sarin, Soman sowie das äusserst gefährliche VX handelt; hinzu kommen die Hautkampfstoffe S-Lost, Lewisit und S-Lost-Lewisit-Gemische sowie der Lungenkampfstoff Phosgen. Zentrum der Forschung und auch der Erprobung der chemischen Waffen ist der Ort Schichany an der Wolga (Code-Name «Wolsk-18»); weitere Fabriken befinden sich in Nowotscheboksarsk, in Gornij bei Saratow, Tschapajewsk, Tscheboksary, Derschinsk, bei Kambarka und gerade auch in Wolgograd. Ihre Lagerung erfolgt an sieben Standorten, von denen russischerseits bisher lediglich Kambarka und Gornij genannt wurden; die anderen sind – nach westlichen Informationen – Kurgan, Pwaloda, Slawgorod, Briansk und Zabajkale.

In einem 1990 abgeschlossenen bilateralen Abkommen mit den USA, welches am 15. 1. 1993 durch die Pariser Konvention bestätigt wurde, versprach die UdSSR, Ende 1992 mit der Zerstörung ihrer C-Waffen zu beginnen, nach sieben Jahren die Hälfte vernichtet zu haben und Ende 2002 nur noch über 5000 Tonnen zu verfügen. Die Vernichtung dürfte besonders in Gornij, aber auch in Kambarka sowie mit grosser Wahrscheinlichkeit in Nowotscheboksarsk erfolgen.

Der seinerzeitige russische Verteidigungsminister Pawel Gratschow und ebenso die Moskauer Medien betonten nicht nur einmal, die Herstellung solcher Waffen «ist 1987 eingestellt und danach niemals wieder aufgenommen worden.»

In westlichen Fachkreisen fand diese Behauptung indes keinen Glauben. Hinzu kam, dass nach Äusserungen des genannten Wissenschaftlers Mirsojanow zumindest bis 1992 neue C-Waffen entwickelt wurden. Es handelt sich um einen Nervenkampfstoff, der noch acht- bis zehnmals stärker ist als das bisher giftigste Kampfgas VX: Seine Wirkung entfaltet er erst beim Aufprall, durch den zwei Chemikalien sich zu einem tödlichen Gift vereinen; da beide – für sich genommen – harmlos sind, fallen sie auch nicht unter den C-Waffen-Vertrag ...

Anfang Dezember vorletzten Jahres warf «Greenpeace» dann der russischen Regierung vor, entgegen all ihren Beteuerungen weiterhin Chemiewaffen zu erproben. Am 6. 12. 1994 musste ein Sprecher des Verteidigungsministeriums in Moskau in blamabler Form eingestehen, man könne nicht sagen, ob Herstellung und Erprobung völlig eingestellt worden seien. Lediglich wenige Stunden später war indes dem russischen Fernsehen zu entnehmen, dass im Gebiet Saratow «nach wie vor chemische Waffen getestet werden» (nach westlichen Erkenntnissen dürften allein hier etwa 1500 Tonnen lagern). Zugleich beklagte die Sendung:

«Die Zahl der Krebserkrankungen in den angrenzenden Gebieten hat sich um ein Mehrfaches erhöht, und die Kindersterblichkeit ist hier doppelt so hoch wie in Russland im allgemeinen!»

Doch erst Ende März 1995 gab Präsident Jelzin einen Erlass heraus, jene Waffen zu zerstören. Nach

fünf Monaten erörterte eine Sitzung der Regierungskommission das Problem und erachtete «ein sofortiges Handeln unbedingt notwendig», da die Geschosskapseln immer dünner wurden und damit die Gefahr des Austritts der Giftstoffe zusehends wachse. Trotzdem wurde es Ende Oktober des Jahres, bis dann die Regierung in Moskau das Programm bestätigte, diese bis zum Jahre 2005 zu vernichten. Den Verdacht, man lasse sich überaus viel – zu viel! – Zeit mit der Zerstörung der C-Waffen, bestätigte ein Bericht des russischen Fernsehens, wonach eine staatliche sachverständige Untersuchung immer noch nicht durchgeführt worden sei. Der gleichen Quelle von Mitte März dieses Jahres zufolge kam es während der Zwischenzeit wohl zu einer Einigung zwischen den zuständigen Militärstellen und den lokalen Zivilbehörden in Gornij, doch «dies bedeutet nicht, dass die Vernichtung der chemischen Waffen jetzt anläuft.» Vergeblich wies Atomenergieminister Viktor Michailow darauf hin, Atomforscher würden seit Jahren an der Frage der Vernichtung auf dem Wege tiefer unterirdischer Atomexplosionen arbeiten; obwohl diese Möglichkeit die weitaus billigste sei, gebe es bisher immer noch «keinerlei reale Vorhaben».

Ende Mai dieses Jahres musste die Vorsitzende des Komitees für Umweltschutz der Staatsduma, Tamara Slotnikowa, bei einer parlamentarischen Anhörung einräumen, in den vergangenen zwei Jahren sei lediglich ein Drittel der für die Zerstörung chemischer Waffen vorgesehenen Mittel tatsächlich zugewandt worden und dieses Jahr habe man überhaupt keine Gelder zugewiesen!

Dabei hatte das russische Verteidigungsministerium bereits im Juli 1995 auf die Gefahr aufmerksam gemacht, dass sich kriminelle Kreise der Arsenale mit den C-Waffen bemächtigen könnten. Denn einmal müssten die dortigen Sicherheitseinrichtungen wesentlich besser sein, insbesondere fehlt es an elektronischen Sensoren und sogar an Aussenbeleuchtungen – das gilt gerade auch für jene Orte Gornij und Kambarka! Angesichts dieser Gefahrensituation bat der Kommandeur der russischen ABC-Schutztruppen, Generalleutnant Stanislaw Petrow, bereits vor einiger Zeit um zusätzliche Finanzmittel zur Verbesserung jener Sicherheitsmassnahmen. Angesichts der pekuniären Lage aber dürfte es dem Kreml schwerfallen, dem zu entsprechen – Anzeichen für positive Hilfen sind jedenfalls bisher nicht erkennbar. Eine weitere, ebenso grosse Gefahr ist, dass die schlecht besoldeten Soldaten dieser Arsenale einmal von Mafia-Gruppierungen mit sehr hohen finanziellen Angeboten angelockt werden könnten und in weiterer Folge dann Chemiewaffen auf den Schwarzmarkt gelangen und eines Tages von Terroristen eingesetzt werden. Dies bereitet nicht nur in Russland zunehmende Sorgen: Denn bereits im Oktober vergangenen Jahres gaben Moskauer Stellen zu, dass 1993 versucht worden sei, 800 kg C-Waffen in den Nahen Osten zu schmuggeln und 1994 sogar fünf Tonnen ...

Ende Juli nun erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Verteidigung, Nikolaj Besborodow, für die Vernichtung der russischen Bestände an chemischen Waffen seien rund 17 Billionen Rubel (etwa 4,12 Milliarden Schweizer Franken) notwendig. Ohne ernsthaftige Hilfe aus dem Ausland aber würde eine solche nicht möglich sein. «Unser Land wird bereit sein, mit der Zerstörung dieser Massenvernichtungswaffen zu beginnen, wenn es materielle und gesetzliche Voraussetzungen dafür gibt.»

Ähnlich forderte am gleichen Tage die bereits erwähnte Vorsitzende des Komitees für Umweltschutz im Parlament finanzielle Unterstützung des Auslandes:

«Wenn die Weltgemeinschaft an der Vernichtung der C-Waffen in Russland interessiert ist, sollte sie unserem Lande erhebliche Hilfe zukommen lassen.»

Solche Formulierungen müssen in ihrer Deutlichkeit und gerade auch in ihrer Tragweite überraschen: Einmal war man – auch in Moskau – bisher stets von der Selbstverständlichkeit ausgegangen, dass jedes Land für die Zerstörung seiner Waffen selber aufzukommen habe. Grosses Misstrauen muss ausserdem die jetzige Mitteilung der Kostenhöhe erregen: Mitte April 1995 nämlich sprach Moskau von nötigen fünf Milliarden Dollar, Anfang August damals wurden 15 Milliarden Rubel und eine halbe Milliarde

Dollar genannt, während Ende Januar dieses Jahres schon die jährlich anfallenden Ausgaben nunmehr auf 130 Milliarden Rubel beziffert wurden! Und jetzt sollen es 17 Billionen sein ...

Ganz offenbar will man auf diese Weise den C-Waffen-Vertrag unterlaufen. Den obigen Äusserungen ist zudem ebenfalls zu entnehmen, dass bisher immer noch nicht – also nach bald vier Jahren – mit der Vernichtung überhaupt begonnen wurde. Bis zum Jahre 2002 wird der Kreml – wie im Abkommen festgelegt – zu der Zerstörung seiner meisten Arsenale mit den Giftstoffen schon rein technisch kaum in der Lage sein; auch der russische Generalstabschef Michail Kolesnikow deutete dies bereits im letzten Jahre mit deutlichen Zweifeln an. Zu befürchten ist, dass dies auch für das Jahr 2005 gelten wird; wahrscheinlich muss Europa mit der Existenz jener Waffen sogar noch annähernd 20 Jahre leben.

Jeder in Ost und West weiss um die einmalige Gefährlichkeit dieser Waffen. Um so mehr wäre anzustreben, gerade hier mit offenen Karten zu spielen und so zu einem echten Vertrauensverhältnis beizutragen. Andernfalls könnte man leicht in den Verdacht geraten, generell gar nicht mehr den erforderlichen Willen zu einer echten Abrüstung zu haben. Man wird sehen, ob Moskau den C-Waffen-Vertrag in diesem Frühjahr wirklich ratifiziert. Dieses müsste bis zum 29. April, spätestens bis zum 12. Mai erfolgen. Gut informierte Kreise im Westen befürchten, dass dies nicht geschehen wird ...

Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann

LITERATUR

Norbert Klapdor

Der Zerstörer Friedrich Ihn

Bilder und Dokumente
1996, Hamburg, Berlin, Bonn, Mittler,
ISBN 3-8132-0517-7
196 Seiten, DM 68.–

Bücher, die einzelnen Flugzeugträgern oder Schlachtschiffen gewidmet sind, gibt es viele. Dass ein Buch einem Zerstörer gewidmet wird, ist hingegen äusserst selten – erst recht in der deutschsprachigen Literatur. Ein solches seltenes Werk liegt nun über den deutschen Weltkriegszerstörer Friedrich Ihn vor.

Am 9. April 1938 in Dienst gestellt, erlebte das Schiff den ganzen Krieg bis im Mai 1945. Am 9. desselben geschah jenes Schlüsselereignis, das, so der Verfasser, zur Veröffentlichung dieses Buches führte: In buchstäblich letzter Minute rettete das maximal 3165 t verdrängende Schiff 7000 Deutsche vor den Russen und brachte sie von Hela an der Danziger Bucht in den Westen nach Kiel in Sicherheit. Mit an Bord war der Vater des Verfassers.

Von vielen Erzählungen seines Vaters angeregt, beschloss der Autor, die Geschichte des Schiffes minutiös zu erforschen, und die Ergebnisse führten schliesslich zum vorliegenden Band.

Kernstück bildet ein mit zahlreichen hervorragenden Abbildungen gespicktes Tagebuch des Schiffes, welches jede Operation und jede Übung bis ins Detail – aber ohne dabei langfädig zu werden – beschreibt. So liest man beispielsweise im Eintrag vom 12. Februar 1942 über das Unternehmen «Cerberus», den berühmten Kanaldurchbruch der Schlachtschiffe Scharnhorst und Gneisenau, zu deren Geleit die Friedrich Ihn gehörte. Einleitend findet man einige geschichtliche Bemerkungen über die Entstehung des Schiffstyps Zerstörer an sich und über die Entwicklung der Klasse und den Bau des Schiffes sowie einen Lebenslauf des in der Skageraksschlacht 1916 gefallenen Torpedobootkommandanten Friedrich Ihn, nach welchem der Zerstörer benannt war.

Im Anhang fallen vor allem ein umfangreiches Literaturverzeichnis sowie ein Schiffsregister auf, welches das interessante Werk auch dann benutzerfreundlich erscheinen lässt, wenn man nicht den ganzen Text lesen möchte.

L. Amiet

Franz Aebi

Fernrohr und Rückspiegel

1996, Glarus, Verlag Baeschlin,
ISBN 3-85546-086-8
227 Seiten, Fr. 36.–

Nach langjähriger ehemaliger Tätigkeit, u.a. als Leiter der Materialuntersuchungslaboratorien, als Chef des Kontrollwesens für den Bereich Munition der Schweizer Armee und später als Vizedirektor der Gruppe für Rüstungsdienste, hat der Autor seine Aufsätze, Vorträge und wissenschaftlichen Untersuchungen in einer vielseitigen, aufschlussreichen Zusammenfassung mit der ergänzenden, grundlegenden Erläuterung «Morphologisches, Historisches und Prognostisches zu Technik – Rüstung – Sicherheit» veröffentlicht. Professor Dr phil nat Aebi hat aber auch rückschauende Betrachtungen und Ergänzungen aus heutiger Sicht eingefügt.

Diese beachtenswerte und anspruchsvolle Publikation, mit zahlreichen Tabellen und Abbildungen, Literaturhinweisen und einem Sach- und Namenregister, gliedert sich in fünf Kapitel und behandelt u.a. «Fortschritt und Unsicherheit», «Moderne Rüstung», «Kalter Krieg am Reissbrett», ferner «Gesamtverteidigung, morphologisch betrachtet» wie ebenso «Vernetztes statt lineares Denken». Abschliessend folgen Aufsätze und Vorträge zur Sicherheitspolitik. Die «Fritz-Zwicky-Stiftung» Glarus hat das vorliegende Buch in ihrer Publikationsreihe aufgenommen mit dem Hinweis, dass sich der Autor bei der Forschungsplanung und den Prognosen seit langem an den morphologischen Prinzipien von Professor Fritz Zwicky (1898–1974) orientiert hat: «Der Morphologe arbeitet aufgrund der Idee der Kontinuität aller Dinge, aller Phänomene und aller Vorstellungen und geistigen Ausblicke. Denn für ihn hängt letztlich alles mit allem zusammen, und nichts ist wirklich unbedeutend.»

R. Krähenbühl

Siegfried Hoelen

Führungskultur in der Schweizer Armee

Eine empirische Studie. 1996, Frauenfeld, Verlag Huber & Co. ISBN-Nummer 3-7193-1118-X, 326 Seiten, Fr. 49.80.

Fast jeder militärdienstpflichtige Schweizer dürfte in Anspruch nehmen, dass er aufgrund eigener Erfahrungen mit Führungsproblemen unserer Armee vertraut ist. Diese Erfahrungen werden dabei im wesentlichen durch die positiven, aber auch negativen Erlebnisse geprägt. Dieser Herausforderung stellt sich der Autor mit einer Bestandesaufnahme und einer ganzheitlichen Darstellung zur Thematik «Führungskultur» in der Schweizer Armee.

Die vorliegende Dissertation befasst sich dabei in theoretischen Ansätzen mit der Führungskultur im allgemeinen und mit Fragen der Führungskultur in der Schweizer Armee im besonderen. Die Aussagen werden durch Interviews mit 21 Berufsoffizieren unterschiedlichen Grades bis zum Korpskommandanten erhärtet bzw. illustriert. Die häufig aus dem Alltag zitierten Aussagen dieser Instrukturen sind aufschlussreich und garantieren für eine kurzweilige Lektüre. Eine Erkenntnis zur Führung erstreckt sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch, nämlich die, Führung müsse in der Sache hart, aber menschlich sein. Diese Feststellung und jene, wonach sich die Führungskultur stark an der Persönlichkeit des Chefs orientiert, dürften allerdings nicht allein für die Armee zutreffen. Demgegenüber sind die Aussagen bemerkenswert, auch nachvollziehbar, dass sich in unserer Armee die Distanz zwischen «Führern» und «Geführten» besonders gering ist und dass grundsätzlich in der Armee die Führungstypen des «Machers», des «Traditionalisten», des «Vorsichtigen» und des «Entwicklers» zu erkennen sind.

Wenig befriedigend ist die Tatsache, trotz versuchter Begründung, dass die Auswahl ausschliesslich auf Berufsoffiziere als Interviewpartner gefallen ist. Gerade die Miliz ist, und sie soll es auch in Zukunft bleiben, ein Merkmal unserer Armee. Die einzigartige Voraussetzung des Milizoffiziers, welcher allein zivile und militärische Führungserfahrung mitbringt, hätte hier, in einer wissenschaftlichen Arbeit, zwin-

gend ihren Niederschlag und Berücksichtigung bei der Beurteilung der Führungskultur der Milizarmee finden müssen. Und bei der Frage nach einer kulturellen Weiterentwicklung der Schweizer Armee, die das Buch aufwirft, sollte diese Komponente erst recht nicht fehlen.

JKL

Christa Meves / Andrea Dillon

Hochsommer

Taschenformat broschiert, farbiger Umschlag, 175 Seiten, mit 14 Schwarzweiss-Stimmungsbildern. Christiana-Verlag, 8260 Stein am Rhein, 1996, ISBN 3-7171-0986-3, DM 17.–, Fr 16.–.

Aus einem Briefwechsel zwischen der 25jährigen Lehrerin aus Graz und der 69jährigen Psychotherapeutin aus Uelzen über 1500 km Distanz brachte das Faxgerät die Gedankenblitze von zwei Damen, zwei Generationen altersmässig voneinander, zum Austausch. Daraus entstand eine hervorragende Schrift, die dem Untertitel mehr als gerecht wird: Abkehr vom Zeitgeist – Aufbruch zur Zukunft.

Dieses Buch beweist, dass in der jungen Generation ein hellsichtiger Widerstand gegen all die Irrwege und Umwege erwacht, auf die sie durch seichte Trends gelockt werden. Die junge Andrea Dillon steht hier für die Avantgarde der Jungen. Um am Bewährten mehr zu lernen, beginnt sie – mitten in der heissen Ferienzeit des Sommers 1994 – einen Briefwechsel mit der ihr bis dahin nur durch ihre Bücher bekannte Christa Meves. Zwei dem Glauben tief verbundene Menschen analysieren die Hintergründe des entstandenen Zeitgeistes: «Nein, es wird nicht immer so weitergehen, dass junge Menschen wie die Kinder von Hameln den Flötentönen unserer modischen Rattenfänger nachlaufen, von denen sie ins Verderben geführt werden.» Es ist Zeit zu handeln, signalisiert dieses Buch. Hellsichtiges Verantwortungsbewusstsein und brennende Herzen sind gefragt! Eine neue Wertschätzung christlicher Lebensweise zeichnet sich ab, um die Probleme am Ende unseres Jahrhunderts lösen zu können.

Das Schrifttum der Christa Meves, Arztfrau, Mutter und Grossmutter, giesst sehr viel Öl «in die Lampe des christlichen Glaubens». Die junge Andrea Dillon, «frisch» als Doktor der Philosophie promoviert, überzeugt und trägt das Banner der christlichen Jugend. Schon der strahlende Gesichtsausdruck dieser beiden Menschen wirkt wie eine strahlende Sonne als Aufbruch zur Zukunft.

Th. Wyder

Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog

Europa wohin?

Herausgegeben von Hilmar Kopper, Brigitte Seebacher-Brandt und Norbert Walter.
1996, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, ISBN 3-421-05062-7. 256 Seiten, sFr 23.–.

Am 21. und 22. Juni 1996 hielt die nach dem 1989 von der RAF ermordeten Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, benannte Gesellschaft für internationalen Dialog ihr viertes Jahreskolloquium ab. Thema des Treffens namhafter Vertreter aus Wirtschaft und Politik war die schlichte Frage «Europa wohin?» Unter diesem Titel liegen nun die sechs gehaltenen Referate, mit anschließenden Diskussionen, in einem handlichen Bändchen vor: Der Philosophieprofessor Manfred Riedel beantwortete in seinem Eröffnungsreferat die selbstgestellte Frage, was eigentlich Europa sei und nannte den Humanismus als Ursprung des gesamteuropäischen Gedankens.

Nicht nur aus schweizerischer Sicht bemerkenswert war das Referat des Belgiers Karel van Miert, für den europäischen Wettbewerb zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission. Einerseits sprach er sich für die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip in der Union aus, um, wie er meint, die Handlungsfähigkeit nicht zu verlieren. Zudem meinte er, dass den grossen Staaten mehr Gewicht gegeben werden müsse und dass kleinere Länder, als Beispiel nannte er Malta, nicht mehr regelmässig die Präsidentschaft der Union übernehmen sollten. Auch meinte er wörtlich: «Einigen Mitgliedstaaten geht es